

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
16.10.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Sebastian Höller
Telefon-Nr.
02202-141382

Niederschrift

Infrastrukturausschuss
Sitzung am Mittwoch, 09.10.2013

Sitzungsort

Kläranlage Beningsfeld, Aufenthaltsraum

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

18:17 Uhr - 19:22 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Information zur Standortsuche für ein Abfallcenter
0528/2013**
- 5 Anträge der Fraktionen**
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende des Infrastrukturausschusses, Herr Harald Henkel, eröffnet um 18:17 Uhr die 22. Sitzung des Infrastrukturausschusses in der achten Wahlperiode und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Die Sitzungsteilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis.

Herr Wagner (CDU) beantragt, den Tagesordnungspunkt N3 „Erwerb eines Grundstücks zur Errichtung eines Abfallcenters durch die EBGL GmbH“ von der Tagesordnung zu streichen.

Herr Schmickler erklärt, dass aufgrund der neuen Alternativen tatsächlich kein Beschluss gefasst werden könnte. Der Tagesordnungspunkt sollte jedoch beibehalten werden, um im nichtöffentlichen Teil der Sitzung nichtöffentliche Informationen zu den Alternativen behandeln zu können.

Herr Wagner zieht den Antrag zurück.

Herr Komenda kritisiert, dass Herr Martmann als Leiter des Immobilienbetriebes erneut nicht an der Sitzung teilnimmt, so dass fachliche Fragen zu diesem Bereich nicht behandelt werden können.

2. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es lagen keine Mitteilungen vor.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es lagen keine Mitteilungen vor.

4. Information zur Standortsuche für ein Abfallcenter 0528/2013

Herr Schmickler erläutert, dass es neben den vorliegenden schriftlichen Informationen mittlerweile zwei weitere möglich Standortflächen gebe:

Auf Vorschlag von Herrn Außendorf wurde von der Firma Metsä Board (Zanders) Gesprächsbereitschaft zu zwei möglichen Bereichen auf dem Betriebsgelände signalisiert. Zum einen handelt es sich um das Gelände der ehemaligen Firma Weig, welches linkerhand der Werkseinfahrt Cederstraße liegt. Zum anderen um eine Teilfläche des großen Betriebsparkplatzes an der Bensberger Straße. Letzter wurde jedoch aufgrund der angrenzenden Wohnbebauung und dem Geländecharakter schnell wieder verworfen. Auf dem Werksgebiet liegt ein rechtskräftiger Bebauungsplan, der ein Industriegebiet ausweist. Es müsste daher geprüft werden, ob ein

Gewerbebetrieb in Form eines Abfallcenters dort angesiedelt werden dürfe. Vor dem Hintergrund, dass das Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz durch die Bezirksregierung Köln erfolgt, muss diesbezüglich eine saubere Rechtslage bestehen. Ein Teil der Fläche sei zudem als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen, was Einschränkungen für bauliche Tätigkeiten und Nutzung bedeute. Die Erschließungssituation ist über den Gronauer Kreisel und der bestehenden Werkseinfahrt Cederwaldstraße relativ günstig. Der Abstand zur Wohnbebauung beträgt ca. 50m und kann aufgrund der großen Fläche vergrößert werden. Aufgrund der angrenzenden mehrgeschossigen Wohnbebauung muss der Lärmschutz allerdings umfassend geprüft werden. Auf dem Areal steht alte Bausubstanz, welche nicht verwendbar sein wird, so dass Abrissarbeiten erforderlich würden. Zudem müsste eine mögliche Bodenbelastung geklärt werden. Der Bereich ist aufgrund seiner Lage, Größe und Erschließung geeignet, aber eine Reihe von Fragen u.a. planungsrechtlicher Art und der Schallschutz müssten geklärt werden.

Eine zweite Fläche zwischen dem Kreishaus Gronau und dem Gelände der FHdW wurde ebenfalls genauer betrachtet. Für diesen Bereich liegt kein Bebauungsplan vor, so dass sie nach § 34 Baugesetzbuch zu beurteilen ist. Obwohl der Strunder Bach dort durchfließt, ist das Areal kein Überschwemmungsgebiet. In der direkten Nachbarschaft gibt es jedoch Wohnbebauung in Form des Studentenwohnheims der FHdW, so dass nach erster Prüfung des Schallschutzgutachters mit erheblichen Problemen im Schallschutz zu rechnen ist. Die Erschließung ist über die Gewerbezufahrt vom Refrather Weg aus möglich. Die Zufahrtssituation mit Kunden- und Gewerbeverkehr ist allerdings nicht ganz unproblematisch, so dass Rückstauungen entstehen könnten. Auf dem Areal ist zudem Bebauung vorhanden, welche zurzeit noch vermietet ist, so dass ein zeitlicher Faktor zu berücksichtigen ist. Es handelt sich zudem um zwei Grundstücke mit unterschiedlichen Eigentümern.

Herr Dr. Fischer spricht sich für eine Verschiebung der Entscheidung aus, um eine weitergehende Prüfung der Varianten zu ermöglichen. Neben dem Verwaltungsvorschlag und den soeben neu erläuterten Varianten möchte die FDP die Variante 1 der Liste, den Bereich des alten Ascheplatz am Paffrather Stadion weiter prüfen. Aufgrund der Kontamination, wird der Ascheplatz bisher nur als kostenfreier Parkplatz genutzt. Die Lage und Zufahrtsmöglichkeit stellt sich, ähnlich wie beim Weik-Gelände sehr gut dar. Zudem ist es die einzige Variante, welche sich bereits in städtischen Besitz befindet.

Herr Santillán führt an, dass das Gelände an der Jakobstraße zwar nicht der Stadt, aber der Stadtentwicklungsgesellschaft gehöre. Die Fraktion DIE LINKE/BfBB hält dieses Areal entgegen der Verwaltungsmeinung durchaus für geeignet. Der Bereich liege zentral und habe sogar eine Bahnanbindung. Der Standort sollte als Variante weiter geprüft werden. Im Hinblick auf die mögliche Variante auf dem Gelände der Firma Metsä Board (Zanders) möchte er wissen, welche Funktion die dort liegenden Wasserbecken erfüllen und ob es wasserrechtliche Probleme mit den zu sammelnden Schadstoffen geben könnte.

Herr Schmickler erläutert, dass es im fraglichen Bereich zwei Becken gebe, welche zur Kläranlage der Firma Metsä Board (Zanders) gehörten. Es müsste für ein Abfallcenter eine qualifizierte Regenwasserentsorgung, inkl. Behandlung des Wassers, hergestellt werden. Die Kosten müssten entsprechend kalkuliert werden. In einem erschlossenen modernen Gewerbegebiet wäre dies nicht mehr erforderlich.

Herr Willnecker erklärt, dass die CDU sich den FDP-Vorschlag, die Variante am Paffrather Stadion, nicht vorstellen könne. Die CDU lehnt zudem den Verwaltungsvorschlag im Gewerbegebiet Hermann-Löns-Viertel ab. Die heute genannten Varianten sollten weiter geprüft werden.

Herr Ebert berichtet, dass das Grundstück Hermann-Löns-Straße in der Diskussion innerhalb der SPD-Fraktion extrem skeptisch betrachtet wurde und man viele Schwierigkeiten gesehen habe. Eine offene und vielseitige Diskussion sei für das jetzige Vorhaben sehr wichtig, da das öffentliche Image von Abfallsammlung schlecht sei. Ein Abfallcenter sei nötig und sinnvoll. Die Standortdiskussion offen und vielfältig zu führen könne die Akzeptanz bei den Bürgern erhöhen. Er möchte wissen, wie viel Zeit für die weiteren Untersuchungen zu den übrigen Varianten notwendig sein wird.

Herr Schmickler erläutert, dass aufgrund der aktuellen und bekannten Situation am Betriebshof Obereschbach ein großer Zeitdruck bestehe. Bis zur nächsten Sitzung Anfang Dezember müssten die offenen Fragen geklärt und eine zumindest grobe Aussage des Schallgutachters vorliegen.

Herr Kraus bittet darum, die Varianten mit einer groben Kostenschätzung zu versehen.

Herr Schmickler erklärt, dass die Varianten sich von den Kosten zwar unterscheiden werden. Die eigentliche Einrichtung des Wertstoffhofes, die versiegelten Flächen, die zu errichten Gebäude und Anlagen seien jedoch ein gleicher Kostenfaktor. Bei den Bodenpreisen dürfte es auch keine signifikanten Unterschiede geben. Bekannte Altlasten würden zusätzliche Kostenauslösen, parallel aber den Bodenpreis senken.

Herr Kamp möchte wissen, wie sich die gesetzlichen Vorgaben zur Abfallsammlungen und Wertstoffen entwickeln wird und wie sich der Abfallwirtschaftsbetrieb grundsätzlich zukünftig aufstellen will. Hierzu sollte in der nächsten Sitzung eine Erläuterung gegeben werden.

Herr Carl erläutert, dass ab dem 01.01.2015 der Biomüll getrennt erfasst werden muss, was in Bergisch Gladbach bereits der Fall sei. Holz und Kunststoffe müssten ebenfalls separat gesammelt werden, was als Ziel über den geplanten Recyclinghof verwirklicht werden soll. Die Einführung einer Wertstofftonne wird in der Politik zurzeit stark diskutiert, sei aber noch in keiner Form spruchreif.

Herr Schmickler ergänzt, dass das, was theoretisch in einer Wertstofftonne gesammelt werden würde, nicht deckungsgleich mit der Sammlung auf einem Wertstoffhof sei. Schadstoffe dürften auch in Zukunft nicht über eine Wertstofftonne entsorgt werden.

Herr Schütz bittet darum, alle Standorte in eine Entscheidungsmatrix mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen aufzuführen. Es sollte auch geprüft werden, ob Übergangslösungen geschaffen werden könnten, bis ein Standort hergerichtet werden kann um eine zeitliche Überbrückung zu schaffen. Gegen den Verwaltungsvorschlag bestehen auch aus seiner Sicht Bedenken. Aus Sicht der KIDITATIVE sollten insbesondere die Varianten 2 und 6 weiter geprüft werden.

Herr Wagner (CDU) bittet darum, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden, damit im nicht öffentlichen Teil Daten und Zahlen genannt werden könnten welche für die weitere Bewertung der Varianten erforderlich sind.

Herr Schmickler erläutert, dass die Betriebsgeräusche zwar ein Thema sind, aber sich ausschließlich auf Verkehrsgeräusche und Containerhandling beziehen. Es werde keine Anlagen geben, die den Abfall in irgendeiner Art verarbeiten oder mechanisch sortieren. Es finde auch keinerlei Behandlung von Abfall statt. Es werde dort keinen Biomüll, keinen nassen Abfall, keinen Restmüll oder Inhalte des gelben Sackes geben. Alles, was eine möglich Geruchsbelastung darstellen könnte, sei ausdrücklich nicht vorgesehen. Eine solche Anlage passe daher in ein ganz normales ausgewiesenes Gewerbegebiet wie z.B. das Hermann-Löns-Viertel.

Herr Ebert erklärt, dass es wichtig sei, dass das Abfallcenter komme. Dem Ausschuss sei mittlerweile bewusst, was dieses Center darstelle. Allerdings sei dies in der Bürgerschaft noch nicht der Fall, so dass es auch darum gehe, dies der Öffentlichkeit bekannt und bewusst zu machen.

Herr Santillán merkt an, dass Schadstoffe auch stinken könnten und zu einer Geruchsbelästigung der angrenzenden Nachbarschaft führen könnten.

Herr Carl erläutert, dass bereits heute aufgrund verschiedener Vorschrift, u.a. Arbeitsschutz, die Behälter für die Sammlung von Schadstoffen fest verschließbar sein müssten und keine Ausdünstungen austreten dürften. Dies werde bereits im Schadstoffmobil praktiziert, was zukünftig dann einige Tage am geplanten Standort stehen soll.

Das auf den Containerflächen anfallende Regenwasser werde aufgrund eindeutiger Vorgaben durch Schieber o.ä. dem Schmutzwasser zugeführt.

Ein Bahnanschluss des Abfallcenters sei nicht erforderlich, da keine entsprechend Mengen an Wertstoffen anfallen würden und die anzuliefernden Entsorgungsanlagen auch nicht bahntechnisch erschlossen seien.

Herr Ebert verlässt um 19:00 Uhr die Sitzung.

Im Hinblick auf die von Herrn Schütz vorgeschlagene Möglichkeit zur Schaffung einer Übergangslösung erklärt Herr Carl, dass diese das komplette Genehmigungsverfahren durchlaufen und die normalen Auflagen erhalten würde, wie eine endgültige Lösung. Bestehende Vorgaben, z.B. aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz, müssten dabei erfüllt werden, so dass für eine Übergangslösung die gleichen Kosten wie für eine endgültige Lösung anfallen würden.

Herr Schlaghecken bittet darum, dass im nächsten Ausschuss auch eine städtebauliche Beurteilung der Varianten vorgestellt wird.

Der Infrastrukturausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5. Anträge der Fraktionen

Es wurden keine Anträge gestellt.

6. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Der öffentliche Teil der Sitzung endete um 19:03

gez. Harald Henkel
stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Sebastian Höller
Schriftführung